

03/2010

2015
aktuell

09. April 2010

1. **Ban Ki-moon: MDG-Aktionsplan erforderlich**
2. **Konferenzen zur Entwicklungsfinanzierung**
3. **Bundshaushalt: geringer Zuwachs im BMZ-Etat**
4. **Bankenabgabe kann Finanztransaktionssteuer nicht ersetzen**
5. **Weltgesundheitstag: soziale Ungleichheit gefährdet Gesundheit**
6. **Weltwassertag: Menschenrecht auf Wasser durchsetzen!**
7. **Internationaler Frauentag: Gender in die Entwicklungspolitik!**
8. **Kampagne für Ernährungssicherheit gestartet**

Kurz notiert
Termine

1. Ban Ki-moon: MDG-Aktionsplan erforderlich

Am 16. März 2010 hat UN-Generalsekretär Ban Ki-moon einen Bericht zu den Erfolgen, Defiziten und Herausforderungen bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) vorgelegt. Unter dem Titel „Keeping the promise“ verweist Ban auf das Versprechen der internationalen Staatengemeinschaft, die im Jahr 2000 beschlossenen MDG bis 2015 umzusetzen. Mit einem weltweiten Aktionsplan, der beim Millenniumsgipfel im September in New York verabschiedet werden soll, will Ban dafür sorgen, dass die MDG doch noch erreicht werden. Der Aktionsplan soll ergebnisorientiert, praktisch und konkret sein und genaue Schritte und Zeitrahmen festlegen. Darin sollen auch konkrete Verantwortlichkeiten festgehalten werden, um Überprüfungen zu ermöglichen. Der UN-Generalsekretär ist überzeugt: „Mit angemessenen Mitteln, der richtigen Politik und unserem Engagement bleiben die Millenniumsentwicklungsziele erreichbar.“ Laut dem Bericht hat sich zum Beispiel die Region südlich der Sahara bei der Bekämpfung von Krankheiten positiv entwickelt. Jedoch waren die Erfolge in den am wenigsten entwickelten Ländern gering, auch durch die Auswirkungen der globalen

Wirtschafts- und Finanzkrise. Die bis dato am wenigsten erreichten Ziele sind die Verbesserung der Gesundheit von Müttern und die Senkung der Müttersterblichkeit. Die Rückstände bei der Erreichung der MDG sind nicht dadurch erklärbar, dass die Ziele zu hoch gesteckt sind oder der Zeitrahmen zu knapp bemessen ist, denn einige Länder haben viel erreicht. Gründe für Misserfolge sind vielmehr unerfüllte Verpflichtungen, zu geringe Mittel und eine zu geringe Rechenschaftslegung. Ban fordert, finanzielle Zusagen einzuhalten und eine deutliche Erhöhung der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA). Um die beim G8 Gipfel in Gleneagles zugesagte ODA einzuhalten, müssten jedes Jahr zusätzlich 35 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt werden. Entwicklungsstrategien müssten auf nationaler Ebene entwickelt und der Aufbau von Kapazitäten im Länd gestärkt werden. „Unsere Welt besitzt das Wissen und die Ressourcen, um die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen. Dies nicht zu schaffen, wäre ein inakzeptables Versagen – moralisch wie praktisch“, erklärte der UN-Generalsekretär.

www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/64/665

Der europäische Dachverband CONCORD, in dem über 1600 entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen (NRO) vertreten sind, hat im März umfassende Empfehlungen zur MDG-Umsetzung an die Europäische Union vorgelegt. Als wichtigster Entwicklungshilfegeber und Haupthandelspartner für viele der ärmsten Länder der Welt sollte die EU – so CONCORD – eine Führungsrolle bei der Vorbereitung eines erfolgreichen UN-MDG-Gipfels im September übernehmen. CONCORD fordert die EU dazu auf, beim EU-Gipfel im Juni einen „MDG-Rettungsplan“ zu verabschieden, der konkret und handlungsorientiert aufzeigt, was getan werden muss, um die MDG insgesamt voranzubringen. Die EU solle sich dafür einsetzen, dass ein solcher Plan auch beim UN-MDG-Gipfel im September angenommen wird. Von zentraler Bedeutung ist aus Sicht von CONCORD, dass die Maßnahmen zur Erreichung der MDG grundsätzlich auf der Basis der Menschenrechte und unter Einbeziehung der Gender-Perspektive erfolgen. Damit soll sichergestellt werden, dass die verletzlichsten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen von den Maßnahmen profitieren. Weitere zentrale Empfehlungen von CONCORD beziehen sich auf die Nutzung von Synergien zwischen den MDG und der Förderung Nachhaltiger Entwicklung; die Schaffung von mehr Kohärenz zwischen den verschiedenen EU-Politikfeldern, die Sicherstellung einer adäquaten Entwicklungsfinanzierung sowie die Stärkung der Eigenverantwortung der Staaten des Südens.

www.concordeurope.org/Files/media/internetdocumentsENG/3_Topics/Topics/MDGS/Documents/Concord-MDGs-Position-Paper.pdf

2. Konferenzen zur Entwicklungsfinanzierung

Das Thema Entwicklungsfinanzierung stand im Mittelpunkt von zwei hochrangig besetzten internationalen Konferenzen, die im März 2010 in New York durchgeführt wurden. Am 23. und 24. März fand der 4. High Level Dialog der UN-Generalversammlung über Entwicklungsfinanzierung statt. Im Mittelpunkt standen die bisherige Umsetzung des Monterrey-Konsenses aus dem Jahr 2002 sowie der Beschlüsse der Nachfolgekonzferenz in Doha 2008. In seinem Abschlussstatement hob der Präsident der Generalversammlung Dr. Ali Abdussalem Treki insbesondere hervor, dass die Mobilisierung einheimischer Ressourcen ein Schlüsselfaktor für Entwicklungsfinanzierung sei. Nationale Anstrengungen müssen jedoch durch ein förderliches internationales Umfeld, wie durch einen erfolgreichen Abschluss der

Doha-Welthandelsrunde im Sinne der Entwicklungsländer unterstützt werden. Alle Zusagen der Industrieländer zur Erhöhung der Entwicklungshilfe (ODA) müssen erfüllt und zusätzlich neue innovative Finanzierungsinstrumente entwickelt und umgesetzt werden, um neue Herausforderungen wie den Klimawandel zu bewältigen. Insbesondere die ärmsten Länder benötigen verstärkte und effektivere Unterstützung, angesichts der ernststen Folgen der Finanzkrise, die ihre Anstrengungen zur Erreichung der MDG unterminierten. Die Konferenz unterstrich die Notwendigkeit, die Regulierung des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems voranzubringen und dabei die Partizipation der Entwicklungsländer sicherzustellen. Bei der Diskussion über „global economic governance“ müssten die Vereinten Nationen eine zentrale Rolle spielen. Die Konferenz schlug eine Brücke zwischen den Diskussionen über Entwicklungsfinanzierung und über die Erreichung der MDG. Hervorgehoben wurde die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen von Industrie- und Entwicklungsländern wie sie in MDG 8 zur Schaffung globaler Entwicklungspartnerschaften betont werden, die auch im Monterrey Konsens und der Doha-Erklärung von zentraler Bedeutung sind.

www.un.org/esa/ffd/hld/HLD2010/ConcludingRemarks.pdf

Vorausgegangen war diesem Treffen am 18. und 19. März das jährlich stattfindende High-level-Treffen zwischen dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC), den Bretton Woods Institutionen (IWF, Weltbank), der Welthandelsorganisation (WTO) und der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Auf der Basis eines Berichts des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon, setzte sich die Konferenz mit drei Themenkomplexen auseinander: a) der Mobilisierung einheimischer und internationaler Ressourcen zur Finanzierung bestehender und drohender Lücken bei der MDG-Umsetzung; b) der Unterstützung der Rehabilitations-, Wiederaufbau- und Entwicklungsanstrengungen von Entwicklungsländern, die unter besonderen Problemlagen und humanitären Gefahren leiden; und c) der Schaffung eines kohärenten, konsistenten und entwicklungsförderlichen internationalen Währungs-, Finanz- und Handelssystems. Die Diskussionen und Ergebnisse der Konferenz sollen in den Vorbereitungsprozess des UN-MDG-Gipfels einfließen.

www.un.org/esa/ffd/ecosoc/springmeetings/2010/ConcludingRemarks.pdf

www.un.org/News/Press/docs//2010/ecosoc6416.doc.htm

3. Bundeshaushalt: geringer Zuwachs im BMZ-Etat

Am 19. März verabschiedete der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt 2010. Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stieg um rund 256 Millionen gegenüber dem Vorjahr und überschritt mit 6,07 Milliarden Euro erstmalig die 6 Milliarden Euro-Grenze. Mit den zusätzlichen Geldern soll vor allem der zivile Aufbau in Afghanistan verstärkt werden. Für die Unterstützung der Arbeit der Kirchen, der politischen Stiftungen sowie der NRO werden die entsprechenden Titel um insgesamt 50 Millionen Euro erhöht. Durch eine Erhöhung um 10 Millionen soll ein besonderer Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gelegt werden.

www.bmz.de/de/presse/pm/2010/maerz/pm_20100319_45.html

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher NRO (VENRO) befürchtet in den kommenden Jahren einen Abwärtstrend bei den Entwicklungsleistungen. „Die Koalition scheint nicht viel von internationalen Vereinbarungen und Versprechen zu

halten. Der Anstieg des BMZ-Etats 2010 ist viel zu dürftig, um die Versprechen der G8-Gipfel und der EU einzulösen“ sagte VENRO- Vorstandsvorsitzender Ulrich Post. Er kritisierte, dass der Planungsrahmen der Haushaltszusagen für die nächsten Jahre, die sogenannten Verpflichtungsermächtigungen, massiv um zehn Prozent (400 Millionen Euro) gekürzt wurden. Auch die Reduzierung der Mittel für den Freiwilligendienst „weltwärts“, der gegenüber dem Haushaltsentwurf von 40 Millionen auf 29 Millionen Euro gekürzt wurde, stieß bei VENRO auf Kritik.

<http://venro.org/670.html?L=0>

4. Bankenabgabe kann Finanztransaktionssteuer nicht ersetzen

Nichtregierungsorganisationen haben den Beschluss der Koalitionsfraktionen zur Einführung einer Bankenabgabe als unzureichend kritisiert. Die Kampagne „Steuer gegen Armut“ erklärte, dass die globale Finanzkrise einen beherzten Schritt zur Regulierung des globalen Finanzgeschehens sowie eine substantielle Kostenbeteiligung aller Finanzmarktakteure an den Kosten der Krise erfordere. Im Gegensatz zur Finanztransaktionssteuer habe die Bankenabgabe keine Regulierungsfunktion und stelle nur eine Art Versicherung gegen zukünftige Crashes dar, ohne jedoch zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise beizutragen. Die Finanzierung öffentlicher Güter wie Klimaschutz oder Millenniumsentwicklungsziele sei durch die Bankenabgabe nicht geregelt. Das globalisierungskritische Netzwerk attac forderte die Bundesregierung auf, sich für die umgehende Einführung einer Finanztransaktionssteuer einzusetzen, statt mit der Diskussion über eine Bankenabgabe vom Kern des Problems abzulenken. Die Finanztransaktionssteuer, die seit langem von NRO gefordert wird, soll gleichzeitig zur Finanzierung von Armutsbekämpfung und zur Regulierung von Finanzmärkten beitragen, da kurzfristige Spekulationen unrentabler gemacht werden. Bereits mit einer Steuer von 0,01 Prozent auf Finanztransaktionen könnten in Europa Einnahmen in Höhe von 100 Milliarden Euro jährlich erzielt werden. Ende vergangenen Jahres hatte eine Petition der Kampagne „Steuer gegen Armut“ zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer die Unterstützung von 50 000 Bürgerinnen und Bürgern gefunden. Zurzeit läuft eine weltweite Unterschriftenkampagne mit Blick auf das Gipfeltreffen der G20-Staaten im Juni.

www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Bildgalerie/Kampagnen-Seite/Wer_wir_sind/Presse/2010/100331_PM_final.doc;

www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/detailansicht/datum/2010/03/24/bankenabgabe-ersetzt-nicht-

finanztransaktionssteuer/?no_cache=1&cHash=14189f4bc2bf95a23e1d0a1cf827a2e1; www.makefinancework.org/?lang=de

5. Weltgesundheitstag: soziale Ungleichheit gefährdet Gesundheit

Anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April 2010 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf die besondere Bedeutung urbaner Gesundheitsversorgung hingewiesen. Zum ersten Mal in der Geschichte lebten aktuell mehr Menschen in Städten als auf dem Land, eine besonders starke Urbanisierung sei in den kommenden Jahren in Asien und Afrika zu erwarten. Während das Phänomen der Urbanisierung nicht grundsätzlich negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen habe, warnte WHO-Generaldirektorin Margaret Chan jedoch davor, dass die Verstädterung des 21. Jahrhunderts von einer Verlagerung der Armut begleitet werde. Armut konzentriere sich immer mehr in Städten und habe gravierende Auswirkungen auf die Gesundheit

der dort lebenden Menschen. Derzeit lebten ein Drittel der Städtebewohner weltweit in Slums und informellen Siedlungen, über 90 Prozent der Slums wiederum befinden sich in Entwicklungsländern. Unzureichende Sanitärbedingungen und Abfallbeseitigung führten zur Ausbreitung von Krankheiten. Chan wies auch darauf hin, dass Urbanisierung mit zunehmenden sozialen Ungleichheiten einhergehe: Während besonders wohlhabende Städtebewohner zu viel Geld für eine Überversorgung mit Gesundheitsdienstleistungen zahlten, hätten andere nicht einmal Zugang zu Grundversorgung. Der Regierungsführung komme daher eine zentrale Rolle für die Gesundheitsversorgung zu: Gute städtische Regierungsführung könne in Entwicklungsländern nach Aussagen von Chan die Lebenserwartung auf über 75 Jahre steigern, während schlechte Regierungsführung für eine Lebenserwartung von teilweise nur 35 Jahren verantwortlich sei.

www.who.int/dg/speeches/2010/urban_health_20100407/en/print.html

Das europäische NRO-Netzwerk Action for Global Health forderte aus Anlass des Weltgesundheitstages die europäischen Regierungen auf, 0,1 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die gesundheitsbezogenen MDG bereit zu stellen. In ihrem Bericht „Bestandsaufnahme 2010: Die Zeit zur Verwirklichung der Millenniumsziele wird knapp“ stellt das Netzwerk anhand von zahlreichen Fallbeispielen dar, wie Entwicklungsländer versuchen, die Gesundheitssysteme zu stärken. So gäbe es beispielsweise in Malawi nur 8.000 Krankenschwestern für eine Bevölkerung von 15 Millionen Menschen. Fachpersonal werde vom Privatsektor und vom Ausland abgeworben. Für die Umsetzung der gesundheitsbezogenen MDG sind dem Netzwerk zufolge drei Faktoren von entscheidender Bedeutung: Die Kosten für die Gesundheit dürften nicht den Ärmsten aufgebürdet werden, im ländlichen Raum müsse deutlich mehr qualifiziertes Fachpersonal mit ausreichender medizinischer Ausstattung zur Verfügung stehen und die Gemeinschaften, die unter mangelnden Gesundheitsdiensten leiden, müssten mit an den Verhandlungstisch geholt werden.

www.tdh.de/content/presse/pressemitteilungen/detail.htm?&view=detail&id=309&year=2010

Hilfsorganisationen wiesen zum Weltgesundheitstag außerdem auf die besondere Rolle der Gesundheit von Müttern hin. Jede Minute sterbe eine Frau aufgrund von Komplikationen während der Schwangerschaft und bei der Geburt, 99 Prozent dieser Todesfälle ereignen sich in den Entwicklungsländern. CARE fordert vor diesem Hintergrund eine bessere Gesundheitsversorgung von Müttern. Im Millenniumsziel 5 habe sich die internationale Staatengemeinschaft dazu verpflichtet, die Müttersterblichkeit bis zum Jahr 2015 um drei Viertel zu senken, auch Deutschland trage Verantwortung zur Umsetzung dieses Ziels, so CARE.

www.care.de/aktuelle-meldungen-einzel+M5a556a44646.html

World Vision wies mit einer Studie darauf hin, dass mit wenigen und einfachen Mitteln jedes Jahr etwa 6 Millionen Kinder vor dem Tod gerettet werden können. In den vergangenen Jahren machte die Hilfe für die Kleinkind- und Müttergesundheit nur etwa drei Prozent der gesamten Entwicklungshilfe aus. In den dreißig am schwersten betroffenen Ländern stellten die Geber in den vergangenen Jahren weniger als zehn US-Dollar pro Lebendgeburt für die Gesundheitsversorgung von Müttern und Neugeborenen bereit. Mindestens 40 US-Dollar wären jedoch nötig. Wesentliche Ursachen für Todesfälle von Kindern, wie Unterernährung, nicht vorhandene oder verschmutzte sanitäre Einrichtungen, verschmutztes Trinkwasser

und mangelnde Hygiene werden in Bezug auf Gesundheitsmaßnahmen zu wenig oder gar nicht berücksichtigt.

www.worldvision.de/downloads/presse/PM_Weltgesundheitsstag_6.4.2010.pdf

6. Weltwassertag: Menschenrecht auf Wasser durchsetzen!

Anlässlich des Weltwassertags am 22. März haben zahlreiche Organisationen zu verstärkten Anstrengungen aufgerufen, um das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung zu erreichen. Nach Berechnungen des UN-Kinderhilfswerks UNICEF und der WHO haben weltweit 884 Millionen Menschen kein sauberes Trinkwasser; 2,5 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu adäquaten sanitären Einrichtungen. Nach Schätzungen von UNICEF sterben jährlich 1,5 Millionen Kinder an Krankheiten, die durch verschmutztes Wasser verursacht werden. Mit den MDG hat sich die Staatengemeinschaft darauf verständigt, bis zum Jahr 2015 den Anteil der Menschen, die ohne Zugang zu sanitärer Grundversorgung leben muss, zu halbieren.

www.unwater.org/worldwaterday

Sanitäre Grundversorgung ist das am meisten verfehlte Entwicklungsziel erklärte das evangelische Hilfswerk Brot für die Welt. Brot für die Welt gehört zu den Mitinitiatoren des fiktiven Fußballvereins „WASH United“ (Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene), der im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika mit Unterstützung von Sportstars und Prominenten für das Menschenrecht auf Wasser in der Öffentlichkeit werben will. So wurde am Weltwassertag von „WASH United“ am Brandenburger Tor in Berlin die symbolisch längste Toilettenschlange der Welt aufgestellt. Unter dem Motto: „Stell Dich an! Damit 2,5 Milliarden nicht mehr warten müssen“ wurde auf das Problem der fehlenden sanitären Grundversorgung aufmerksam gemacht.

www.brot-fuer-die-welt.de/presse/index_954_DEU_HTML.php?ck=459

7. Internationaler Frauentag: Gender in die Entwicklungspolitik!

Zum Internationalen Frauentag am 8. März 2010 erklärte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, dass das Empowerment von Frauen eine notwendige Bedingung sei, um die globalen Entwicklungsziele zu erreichen. Solange Frauen und Mädchen unter Armut und Ungerechtigkeit litten, seien Frieden, Sicherheit und Nachhaltige Entwicklung gefährdet. Ban wies darauf hin, dass vor 15 Jahren die Pekingener Aktionsplattform, der bis dato umfassendste globale politische Rahmen zur Erreichung von Geschlechtergleichheit, Entwicklung und Frieden, ins Leben gerufen wurde. Trotz seitdem erreichter Fortschritte, seien Frauen noch immer besonders von Ungerechtigkeit und Diskriminierung betroffen.

www.un.org/apps/news/printnews.asp?nid=33954

Die Europäische Union hat am 8. März einen Gender Aktionsplan vorgestellt, der vor allem die MDG-Umsetzung im Bereich Gleichstellung der Geschlechter und Müttergesundheit vorantreiben soll. Darüber hinaus will das Papier dazu beitragen, andere mit Geschlechtergleichheit verbundene internationale Entwicklungsziele zu erreichen. 15 Jahre nach Verabschiedung der Pekingener Aktionsplattform und 10 Jahre nach der Millenniumserklärung sei Gleichheit zwischen den Geschlechtern der Kommission zufolge noch immer ein fernes Ziel, obwohl in bestimmten Bereichen wie Bildung Fortschritte zu verzeichnen sind. Im Rahmen des Aktionsplans wird

vorgeschlagen, regelmäßige politische Treffen abzuhalten, um den Fortschritt in diesem Bereich zu eruieren, eine Gender Datenbank einzurichten sowie die Zivilgesellschaft stärker einzubinden.

www.europa-eu-un.org/articles/es/article_9550_es.htm

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel bekräftigte anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Internationalen Frauentags die Bedeutung der Gleichberechtigung der Geschlechter. „Wir möchten Frauen und Männer gleichberechtigt an allen Entwicklungsprozessen beteiligen und setzen uns dafür weltweit ein. Frauenrechte sind Menschenrechte.“ 2010 sei außerdem ein wichtiges Jahr, da sich die UN-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit zum zehnten Mal jährt. In diesem Jahr wird auch Bilanz über den derzeitigen Stand der MDG-Umsetzung gezogen. Das dritte MDG beschäftigt sich mit der Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Stärkung von Frauenrechten.

www.bmz.de/de/presse/pm/2010/maerz/pm_20100306_35.html

Die Hilfsorganisation Oxfam und der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) riefen die Bundesregierung anlässlich des Internationalen Frauentags dazu auf, sich nachdrücklich für eine gesicherte Welternährung stark zu machen. Frauen und Mädchen spielten bei der Hungerbekämpfung eine besondere Rolle und müssten stärker einbezogen werden. „Um Hunger langfristig zu besiegen, müssen Frauen gleichberechtigt sein“, sagte Marita Wiggerthale, Agrarexpertin bei Oxfam. In der Landwirtschaft sind vor allem Frauen beschäftigt, in vielen Ländern bauten hauptsächlich sie Lebensmittel für den lokalen Markt an und versorgten ihre Familien. Sie hätten aber kaum Zugang zu Land, Krediten und Beratungen. „Wenn Frauen bei politischen Entscheidungen und in Hilfsprojekten stärker berücksichtigt werden, lassen sich Unterernährung und Ungerechtigkeit leichter überwinden“, so Ingrid Fischbach, Präsidentin des KDFB.

www.oxfam.de/presse/100305-frauen-foerdern-und-hunger-besiegen

Das internationale Frauennetzwerk WIDE forderte zum 8. März Taten statt nur Worte. Die Unterdrückung und Ausgrenzung von Frauen sei nach wie vor hoch, während die globale Krise die Situation der in Armut lebenden Frauen verschärft habe. „Stillstand, so weit das Auge reicht“, so sieht Christa Wichterich, Soziologin und Mitarbeiterin von WIDE den aktuellen Stand der Gleichstellungspolitik. „Veränderungen erfolgen nicht automatisch, sondern es gehören politischer Wille, finanzielle Mittel und ein technisches Instrumentarium dazu“, so Wichterich weiter. WIDE fordert daher eine Wirtschaftspolitik, die statt reiner Wachstumsorientierung und Gewinnmaximierung das gute Leben für alle im Blick hat. Dies beinhaltet unter anderem die Regulierung der Finanzwirtschaft, Konjunkturpakete für die „care-economy“, eine faire Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, Gender-Budgeting sowie mehr Mittel für spezifische Aktivitäten zur Gleichstellung und Stärkung von Frauen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

www.oneworld.at/wide/2010/PA-Frauentag-2010.htm

VENRO veröffentlichte im Vorfeld des Internationalen Frauentags eine aktualisierte und komplett überarbeitete Fassung des Gender Handbuchs „Gewusst wie – Gender in der Entwicklungszusammenarbeit“. Das Handbuch erläutert konkrete Ansätze zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit, präsentiert erfolgreiche Praxisbeispiele von VENRO-Mitgliedsorganisationen und

bietet Checklisten und weiterführende Literaturhinweise. Zentrales Thema des Handbuchs ist die Frage, wie sich das Ziel der Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in der entwicklungspolitischen Praxis verwirklichen lässt.

http://venro.org/fileadmin/redaktion/dokumente/Dokumente_2010/Publikationen/Maerz_2010/Gender_v05_WEB_150.pdf

8. Kampagne für Ernährungssicherheit gestartet

Kirchenvertreterinnen und -vertreter aus 13 afrikanischen Staaten haben Anfang März eine Steigerung der nationalen Nahrungsmittelerzeugung und ein Ende der Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten gefordert. Zur Durchsetzung dieser Forderungen riefen sie die gemeinsame Kampagne „Lasst uns essen, was wir anbauen – lasst uns anbauen, was wir essen“ ins Leben. An die internationale Gemeinschaft plädierten sie, die von den G8-Staaten im Jahr 2009 versprochenen Mittel zur Überwindung der Hungerkrise schnell und unbürokratisch zur Verfügung zu stellen. Gebraucht werden die Gelder zur Beratung von Kleinbauern sowie der Agrarforschung. Ziel muss die Steigerung der eigenen Nahrungsmittelerzeugung mit ökologischen Anbaumethoden sein. Nach Aussagen von Tolbert Jallah, Generalsekretär von FECCIWA, dem Zusammenschluss westafrikanischer Kirchen, der zu der Konferenz eingeladen hatte, sei auch die neue EU-Kommission gefragt: Bei den Verhandlungen zu den Freihandelsverträgen Afrikas mit der EU, muss die EU auf die Forderung nach einer weitestgehenden Öffnung der afrikanischen Märkte für europäische Nahrungsmittelexporte verzichten. Andernfalls sei die Existenz hunderttausender Kleinbauern in Westafrika bedroht.

www.eed.de/de/de.col/de.col.d/de.sub.27/de.sub.news/de.presse.398/index.html

kurz notiert

Mit einer MDG5 Kampagne will das internationale NRO-Netzwerk Action for Global Health darauf aufmerksam machen, dass die Müttersterblichkeit seit dem MDG-Bezugspunkt 1990 nur um ein Prozent gesunken ist. Das online-Memory-Spiel Just a minute verdeutlicht die Tatsache, dass jede Minute eine Frau an Komplikationen vor, während oder nach der Geburt stirbt.

www.mdg5.eu/en/mdg5.swf

Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN) hat mit dem Hörbuch Menschen.Rechte.Möglichkeiten akustische Erzählungen zu Personen veröffentlicht, die sich in Afrika, Asien, Ozeanien, Lateinamerika und in Deutschland erfolgreich für die sozialen Menschenrechte engagieren.

www.ven-nds.de/index.php/component/content/article/11-aktuell/363-ven-hoerbuch-menschenrechtemoeglichkeiten-zeigt-weltweite-beispiele-von-menschenrechts-engagement.html

Ein neuer OECD „Atlas of Gender and Development“ stellt detaillierte Länderberichte, Landkarten und Grafiken zur Situation von Frauen in 124 Nicht-OECD-Ländern bereit. Grundlage ist der Social Institutions and Gender Index (SIGI), der soziale Institutionen wie Familie und Traditionen berücksichtigt.

www.oecd.org/de/genderatlas

Die FAO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, hat vor kurzem die Plattform Gender and Land Rights Database im Internet gestartet.

Anhand von 78 Ländern wird gezeigt, wie soziale, ökonomische, politische und kulturelle Faktoren sich auf den Zugang zu Land und die Rechte von Frauen auswirken.

www.fao.org/gender/landrights

Termine

15. und 16. April 2010, Düsseldorf, DGB Bildungswerk, Global Policy Forum Europe

MDGs und Menschenwürdige Arbeit in der Krise. Perspektiven und Strategien von Gewerkschaften und NGOs.

Workshop

Weitere Informationen unter www.globalpolicy.org/veranstaltungen.html

22. April 2010, Berlin, Globale Bildungskampagne, UNICEF, FES

Versprochen und gebrochen - Scheitert das Millenniumsziel "Grundbildung für alle" an der Finanzierung?"

Konferenz

Weitere Informationen unter www.fes.de/GPol/

28. April 2010, Berlin, International Alliance of Women (IAW) u.a.

15 Jahre nach der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking: Wie ringen wir den Staaten wieder mehr Umsetzungsbereitschaft ab?

Berichte von der 54. UN-Frauenrechtskommission und des Peking+15 Prozesses

www.schoeneberger-kulturkalender.de

17. Mai 2010, Berlin, World Food Programme

„Neue Regierung - neue Rezepte, Wie der Hunger weltweit besiegt werden kann“.

Podiumsdiskussion

Weitere Informationen unter <http://one.wfp.org/german/>

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting und Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Marianne Sallinger

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung